

– Kurzfassung –

Child Rights Now!

Zum Stand der Kinderrechte
in Deutschland



Foto: Shutterstock

Zeit für einen Aufbruch

**Die sechs größten
Kinderhilfsorganisationen
fordern Regierungen weltweit
auf, Politik für Kinder zu
machen**

Im November 1989, nur wenige Wochen nach dem Fall der Berliner Mauer, fand eine weitere fundamentale Veränderung in der internationalen Ordnung statt. Die Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention (KRK) am 20. November 1989 bedeutete einen Umbruch. Zum ersten Mal erkannten Staaten auf der ganzen Welt in einem internationalen Vertrag an, dass Kinder eigene Rechte haben, die denen von Erwachsenen gleichwertig sind. Zum ersten Mal bekannten sich Staaten weltweit verbindlich dazu, dass die Stärke ihrer Gesellschaften untrennbar mit dem Wohlergehen ihrer Kinder verbunden ist. Mit der KRK werden Kinder als Menschen mit eigenen Rechten, eigener Stimme und eigenem Handeln anerkannt. 196 Staaten haben die KRK ratifiziert, damit ist sie die meist gezeichnete Konvention der Vereinten Nationen.

In den letzten 30 Jahren hat die UN-Kinderrechtskonvention das Leben von Kindern auf der ganzen Welt verbessert. Das Leben

ChildFund
Alliance

PLAN
INTERNATIONAL

Save the Children

SOS
KINDERDORF
INTERNATIONAL

Terre des Hommes
International Federation

World Vision

von Kindern heute ist im weltweiten Durchschnitt besser als noch vor 30 Jahren. Hunderte von Millionen Kinder werden geimpft, ernähren sich gesünder, leben sicherer und gehen zur Schule. Auf nationaler Ebene gewährleiste Gesetze und Richtlinien die Rechte von Kindern in einem nie gekannten Umfang. Bemerkenswert ist, dass diese Fortschritte in einer Zeit des schnellen Bevölkerungswachstums erzielt wurden, das größtenteils in ärmeren Ländern stattfand. Im Jahr 1989 lebten weltweit 1,7 Milliarden Kinder unter 14 Jahren. Bis 2018 waren es schon 1,95 Milliarden Kinder.

Trotz großer Fortschritte gibt es weiter Anlass zu großer Sorge: Konflikte, Klimawandel und wachsende Ungleichheit gefährden Millionen Kinder.

In Slums, Kriegs- und Krisengebieten sowie in abgelegenen Regionen leben Millionen Kinder, die krank, hungrig und ohne Chance auf Bildung sind. Viele von ihnen sind Gewalt, Missbrauch, Ausbeutung und Vernachlässigung ausgesetzt. Diese Kinder werden von der Weltgemeinschaft zurückgelassen. Ihre Situation

ist ein schwerwiegender Verstoß gegen die Versprechen, die Kindern mit der KRK gemacht werden. Dieser Zustand sollte für die Weltgemeinschaft inakzeptabel sein.

Die Verwirklichung der Vision der KRK, nämlich die Sicherung der Rechte jedes Kindes, ist eine große Herausforderung. Wie können die Kinderrechte und die UN-Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, die sogenannte Agenda 2030, für einen Wandel genutzt werden? Die Agenda 2030 kann mit ihrem breiten Ansatz für wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie für Frieden, Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit ein Beitrag zur Verwirklichung der Rechte aller Kinder sein. Aber auch umgekehrt gilt: Um erfolgreich zu sein, brauchen die Nachhaltigkeitsziele die Kinderrechte als zentralen Bezugspunkt. Denn die Kinder von heute sind die Bürgerinnen und Bürger von morgen. Deshalb müssen Kinder bereits heute einbezogen und selbst zu Akteuren eines globalen Wandels werden. Nur so kann die Weltgemeinschaft die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meistern.



Child Rights Now! macht deutlich: 30 Jahre nach der Verabschiedung der KRK benötigen wir dringend einen weltweiten Aufbruch für die Rechte von Kindern.

Wer ist Child Rights Now!?

Die sechs größten internationalen Kinderhilfswerke haben im Jahr 2017 beschlossen, gemeinsam und international für die Umsetzung der Kinderrechte zu mobilisieren. In der „Joining Forces Initiative“ arbeiten mit: ChildFund Alliance, Plan International, Save the Children International, SOS-Kinderdorf International, Terre des Hommes International Federation und World Vision International. Der aktuelle Child Rights Now!-Bericht beinhaltet eine Analyse zur Situation von Kindern in 17 Staaten, darunter Deutschland. Er verknüpft Kinderrechte mit den UN-Nachhaltigkeitszielen. Child Rights Now! wird bis zum Jahr 2030 – dem Jahr, in dem die UN-Nachhaltigkeitsziele erreicht sein sollen - alle fünf Jahre Folgeberichte weiterführen.

Child Rights Now! fordert von allen Regierungen und allen gesellschaftlichen Gruppen, das Engagement für Kinder deutlich zu erhöhen.

Wir fordern international und in Deutschland die Umsetzung von vier Strategien und Engagement in vier Schlüsselbereichen:

Strategie 1:

Regierungen müssen Kinderrechte fördern und stärken, indem sie die UN-KRK und ihre Zusatzprotokolle ohne Ausnahme unterzeichnen und in ihrem Land umsetzen.

Die Ratifikation der KRK und all ihrer Zusatzprotokolle bietet für Deutschland spätestens seit der Rücknahme des Vorbehalts im Jahr 2010 die notwendige Grundlage, um die Kinderrechte umzusetzen. In der deutschen Gesetzgebung und im politischen Alltagsgeschäft haben die Kinderrechte

aber nach wie vor nicht die Priorität, die sie verdienen. Die Umsetzung der KRK geschah bisher nicht umfassend, sondern in einzelnen Politikbereichen. Es bleibt eine Herausforderung, eine Politik für Kinder und mit ihnen zu gestalten, die zu tatsächlich spürbaren Verbesserungen führt.

Aus der Perspektive der KRK stehen alle Rechte in einer Wechselbeziehung zueinander. So sind beispielsweise Armut, Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung sowie Gewalterfahrungen miteinander verknüpft. Das bedeutet, dass ein umfassender, ressortübergreifender Ansatz zur Umsetzung der Kinderrechte notwendig ist.

Die Bundesregierung muss konsequent Kinderrechte zur Grundlage von politischen Entscheidungen machen:

- » Kinderrechte müssen als Grundrecht im Grundgesetz verankert werden.
- » Belange von Kindern müssen in allen Ressorts einbezogen werden, das Wohl von Kindern muss ein vorrangiger Gesichtspunkt sein. Das ist eine Herausforderung, sowohl in den Bereichen Bildung, Soziales und Familien, als auch bei wirtschaftlichen Fragen, im Städtebau, der Verkehrspolitik, dem Klima- und Umweltschutz und der Außen- und Entwicklungspolitik.
- » Es bedarf endlich gemeinsamer Anstrengungen, um alle Formen von Gewalt gegen Kinder zu beenden und Diskriminierungen entschieden vorzubeugen.
- » Für die praktische Umsetzung der Kinderrechte und als Gegengewicht zum föderalen System bedarf es einer zentralen Koordinierungsstelle für Kinderrechte, die die Kooperation und Umsetzung bundesweiter politischer Entscheidungen, Programme und Standards unterstützt.

Strategie 2:
Für eine nachhaltige Zukunft braucht es Investitionen in der Gegenwart.

Regierungen sollten in staatliche Sicherungssysteme investieren, um grundlegende Leistungen und eine ausreichende Infrastruktur für Kinder sicherzustellen. Diese Leistungen müssen die Rechte von Kindern auf einen adäquaten Lebensstandard, Gesundheitsversorgung, Bildung, Unterstützung von Familien, Sicherheit und Schutz, Spiel und Erholung gewährleisten und fördern.

Um das zu erreichen, müssen Regierungen ihre Budgets für Kinder erhöhen und sicherstellen, dass die ärmsten und schutzbedürftigsten Kinder profitieren. Fehlende finanzielle Möglichkeiten dürfen keine Ausrede sein: Der Betrag, der öffentlichen Budgets in Entwicklungsländern durch Steuerbetrug und Steuervermeidung jährlich entgeht, beträgt rund
 eine Billion US-Dollar:
 1.000.000.000.000.

Wohlhabendere Staaten sollten ärmere Staaten bei ihren Bestrebungen unterstützen, in Kinder zu investieren und mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens in Entwicklungszusammenarbeit investieren. Ein entscheidender Faktor für Budgetentscheidungen – sowohl national, wie international – sollten die Auswirkungen dieser Investitionen auf Kinder sein. Öffentliche Ausgaben für Kinder sollten systematisch nachgehalten und durch Monitoring überprüfbar werden – auch auf eine Art und Weise die für Kinder nachvollziehbar ist.

Strategie 3:
Regierungen müssen mehr und systematisch Wissen über Kinder sammeln: Umfassende Datenerhebung und effektives Monitoring.

Wie kann man Fortschritte bei der Umsetzung von Kinderrechten messen? Nur indem man Daten sammelt, analysiert und vergleicht – im Einklang mit den datenschutzrechtlichen Vorgaben. Regierungen müssen deshalb mehr Anstrengungen unternehmen, Daten über die Situation von Kindern in ihren Ländern zu sammeln und nach Alter, Geschlecht und weiteren Faktoren, wie etwa verschiedene Formen von Diskriminierung, aufzubereiten. Besonderes Augenmerk muss auf die Kinderrechte gelegt werden, bei denen Datenlücken vorliegen sowie auf Gruppen von Kindern, die oft ausgeschlossen werden, wie zum Beispiel Kinder ohne elterliche Betreuung, geflüchtete Kinder, Kinder mit Behinderung oder Kinder in Einrichtungen.

- » Die Umsetzung der KRK wird bisher von der Bundesregierung nicht systematisch gemessen. Es gibt dafür weder Instrumente, noch den politischen Willen, entsprechende Daten zu erheben und zu analysieren.
- » Die Bundesregierung sollte Indikatoren entwickeln, um die Umsetzung der Kinderrechtskonvention – Fortschritte wie Lücken - wirksam messen zu können.



- » Die Bundesregierung muss nach Alter und Geschlecht aufgeschlüsselte Daten zur Situation aller Kinder in Deutschland erheben, insbesondere auch solcher Gruppen von Kindern, die oft ausgeschlossen werden, zum Beispiel geflüchtete Kinder.

Strategie 4:

Kinder müssen angehört und an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden.

Voraussetzung für Beteiligung ist Information: Alle Kinder sollen ihre Rechte kennen und verstehen. Regierungen sind dafür verantwortlich, den Raum zu schaffen, damit Kinder systematisch gehört und an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden, sowie angemessene Rückmeldungen zu ihren Anliegen erhalten.

Auch die Bundesregierung hinkt hier noch hinter den Anforderungen der KRK hinterher:

- » In Deutschland müssen bundesweite Standards und Mechanismen für die Beteiligung von Kindern an politischen Prozessen auf kommunaler, Länder- und Bundesebene geschaffen und angewendet werden.
- » Ebenso müssen Beschwerdemechanismen für Kinder aufgebaut werden, etwa mit Ombudsstellen oder Kinderbeauftragten.
- » Für die Koordination der Beschwerde- und Beteiligungsmechanismen muss eine Koordinationsstelle beim Bund eingerichtet werden.

Jetzt in vier Schlüsselbereichen handeln:

Staaten müssen jetzt national und international in vier Schlüsselbereichen aktiv werden, die in der nächsten Dekade das Leben von Kindern stark verbessern können.



Foto: World Vision

1. Armut und Ungleichheit reduzieren

Die Umsetzung der Agenda 2030 muss Kinderrechte einbeziehen: Kein Kind darf zurückgelassen werden. Das ist möglich, wenn Regierungen die notwendige Infrastruktur, angemessene Sozial-, Bildungs-, Gesundheits- und Kinderschutzsysteme für Kinder aufbauen, die Geschlechtergleichheit fördern und die Lücke zwischen den ärmsten Kindern und ihren besser gestellten Altersgenossen schließen.

Für die individuelle Entwicklung eines Kindes sind die frühe Kindheit und die Pubertät besonders prägend. Politik muss hier Prioritäten setzen und besonders in Ernährung, Spiel, Bildung, Gesundheit und Schutz investieren und den Teufelskreis von Armut und Ausgrenzung durchbrechen, der oft von Generation zu Generation weitergegeben wird.

- » Auch in Deutschland müssen Anstrengungen unternommen werden, um Kinderarmut und soziale Ungleichheit zu reduzieren. Die Bundesregierung sollte eine ressortübergreifende Strategie erarbeiten und umsetzen, um Kinderarmut zu beenden: Alle Kinder brauchen Möglichkeiten zur Teilhabe

an den Chancen und Perspektiven unserer Gesellschaft. Das betrifft sowohl finanzielle Notlagen, als auch Bildung, Wohnen, Gesundheit oder Mangel an Sicherheit.

- » Bildung spielt dabei eine wichtige Rolle. Das gegenwärtige Bildungssystem muss reformiert werden, damit es inklusiv ist und Chancengleichheit ermöglicht.
- » Bildungssysteme müssen gesellschaftliches Engagement und Menschenrechtserziehung fördern.
- » In der Entwicklungspolitik sollten Grundbildung noch stärker gefördert und entsprechende internationale Allianzen finanziell und personell gestärkt werden.

2. Schutz vor Gewalt

Regierungen müssen konkrete Fahrpläne verabschieden, um Gewalt gegen Kinder zu beenden, wie es neben anderen das Ziel 16.2 der Agenda 2030 vorsieht. Wo nötig, müssen Gesetze geändert werden. Kinderschutzsysteme müssen ausgebaut und Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft – inklusive der Kinder und ihrer Organisationen selbst – gestärkt werden, damit Menschen ihr Verhalten ändern und kein Kind Gewalt erleiden muss. Regierungen müssen Gesetze und Politik zum Schutz von Kindern vor Gewalt entschieden umsetzen, einschließlich wirksamer Untersuchung und Verfolgung von Gewalttaten gegen Kinder. Internationale Systeme des Kinderschutzes müssen gestärkt werden, wie etwa die Berichtsmechanismen der Vereinten Nationen.

- » Die Bundesregierung sollte eine nationale Präventionsstrategie für alle Formen von Gewalt entwickeln und umsetzen.
- » Offene Kinder- und Jugendarbeit und Beratungsdienste für Kinder, die von Gewalt betroffen sind, müssen besser ausgestattet und finanziert werden.

» Institutionelle Kinderschutzsysteme müssen in allen staatlichen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe implementiert werden.

- » Kinderrechtliche Verpflichtungen müssen im Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte und allen Nationalen Aktionsplänen, die einen Bezug zu Kindern aufweisen, verbindlich verankert sein.
- » Waffenexporte in Konfliktregionen müssen verboten sein, wenn dort Konfliktparteien eine der von den UN definierten sechs schweren Kinderrechtsverletzungen begehen, die Kinder in Konflikten am härtesten treffen: Töten und Verletzen von Kindern; Rekrutierung von Kindern als Soldaten; sexuelle Gewalt gegen Kinder; Entführung; Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser; die Verweigerung des Zugangs zu humanitärer Hilfe

3. Besonders benachteiligte Kinder stärken

Besonders benachteiligte Kinder müssen gestärkt werden und brauchen besonderen Schutz.

- » Die Bundesregierung sollte ein auf dem Befähigungsansatz basierendes außerfamiliäres Betreuungssystem gewährleisten. Dieses System trägt den Bedürfnissen von Kindern ohne elterliche Betreuung Rechnung und gewährleistet ein gemeinsames Aufwachsen von Geschwistern.
- » Die Bundesregierung sollte eine bundesgesetzliche Regelung entwickeln, die Standards für Schutz, Teilhabe und Wohl von Kindern in Flüchtlingsunterkünften definiert und effektive Kontrollmechanismen sowie verbindliche Standards auf Bundesebene gewährleistet, die sich in Betreiberverträgen und staatlichen Regelungen widerspiegeln.
- » Asyl- und Migrationsgesetze und -programme müssen angepasst werden, um kindgerechte Asyl- und Rückkehrverfahren zu schaffen.

Gesundheitsversorgung für geflüchtete Kinder und eine schnelle, wohlwollende und humane Durchführung der Familienzusammenführung müssen gewährleistet werden.

4. Klimawandel und Umweltschutz als dringende Zukunftsthemen für Kinder ernst nehmen

Die negativen Folgen des Klimawandels und der fortschreitenden Umweltzerstörung gelten als die dringlichsten globalen Herausforderungen der Menschheit im 21. Jahrhundert. Das Fehlen angemessener Maßnahmen auf internationaler und nationaler Ebene trägt zu schweren Verletzungen der Menschenrechte wie dem Recht auf Leben, Gesundheit, Ernährung und Wasser bei. Kinder tragen einen unverhältnismäßig hohen Anteil der Belastung und müssen sich auch den langfristigen Folgen stellen.

Klimawandel und Umweltzerstörung sind deshalb auch Kinderthemen und müssen unter Berücksichtigung der Kinderrechte dringend angegangen werden: existierende internationale Verpflichtungen zum Klimawandel müssen jetzt umgesetzt, die Entwicklung der Wirtschaft von CO₂-Emissionen entkoppelt und bereits angerichteter Schaden gelindert werden. Alle Maßnahmen müssen auf ihre Auswirkungen auf die Umwelt geprüft werden. Kinder und Jugendliche müssen beteiligt werden, wenn Strategien zur Erreichung herausfordernder Ziele erarbeitet werden.

Dringend notwendig ist es, eine Kinderrechtsperspektive in die Umsetzung der Agenda 2030 zu bringen. Diese fehlt in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bisher völlig.



